Hundsfelder Stadtblatt

Mit den amtlichen Bekanntmachungen.

Dieses Blatt erscheint Sonnabend und Mittwoch früh. — Preis pro Monat 50 Goldpfennig, ausschließlich Botenlohn bezw. Postgebühren Erfüllungsort Hundsfeld bei Breslau.

Zweimal wöchentlich erscheinende Zeitung für Hundsfeld, Sacrau und Umgegend.

Fernsprecher Nr. 44.

Insertionsgebühr für die einspaltige kleine Zeile 10 Goldpfennige, außerhalb des Kreises 15 Goldpfennige, Reklamezeile 30 bezw. 45 Goldpfennige. Inserate werden bis Dienstag bezw. Freitag nachm. 2 Uhr in der Geschäftsstelle, Breslauerstraße 22, angenommen.

Nr. 93 — **Mittwoch, den 19. November 1924** — **20. Jahrg.**

Die Finanzaufsicht über Deutschland.

Generalagent Gilbert an Finanzminister Luther.

Wie T. U. von amerikanischer Seite erfährt, hat der Generalagent für Reparationszahlungen dem Reichsfinanzminister in einem Schreiben mitgeteilt, daß er der deutschen Regierung für Rechnung der Jahresleistungen nicht irgendwelche Summe gutschreiben wird, die seitens der Regierung am und nach dem 1. Dezember 1924 an die Exporteure als Rückzahlungen für die von ihren Fakturen gemachten Abzüge geleistet werden. Diese Summen können nur durch den Generalagenten gezahlt werden, und zwar in dem vom Ueberweisungskomitee genehmigten Umfang.

*

Dieses Schreiben des Generalagenten hat vielfache Mißverständnisse hervorgerufen. Vor allem ist die Meinung aufgetaucht, als würden die vom Reich bis jetzt auf die 26-prozentige Exportabgabe geleisteten Beträge nicht angerechnet. Das ist ein Irrtum. Ueber die Anrechnung der bis jetzt von Deutschland geleisteten Zahlungen besteht zwischen der deutschen Regierung und dem Generalagenten Einverständnis. Dagegen beabsichtigt der Generalagent vom 1. Dezember 1924 ab ein neues Verfahren der Rückerstattung einzuführen. Ueber die Modalitäten dieses neuen Verfahrens schweben augenblicklich die Verhandlungen, so daß sich Genaueres nicht sagen läßt. Immerhin steht fest, daß der Generalagent die Auffassung vertritt, daß die Regelung der Verwendung sowohl wie der Abhebung der Reparationszahlungen von ihm zu kontrollieren sei, und daß deshalb Deutschland nicht schlechthin diejenigen Beträge gutgeschrieben erhält, die im Dienst der Rückerstattung der 26-proz. Abgabe ausgezahlt werden. Vielmehr soll eine Anrechnung nur insoweit erfolgen dürfen, als der Generalagent der Friedensvertragsabrechnungsstelle Mittel zu dem genannten Zweck freigibt. Dabei ist nun zunächst unbekannt, wie groß diese Mittel sind. Was geschieht, wenn diese Mittel erschöpft sind? Die Reichsregierung konnte natürlich nicht einspringen. Wie kommen diejenigen Exporteure zu ihrem Gelde, deren Ansprüche nicht mehr befriedigt werden, obgleich zu der Zeit, in der sie das Exportgeschäft abschlossen, die Abrechnungsstelle noch zahlte, sie also in der Erwartung auf Rückerstattung der Abgabe das Geschäft abschlossen? Die ganze Angelegenheit scheint noch recht verwickelt und unklar. Sie kann auch gar nicht anders sein, da eben das System der Exportabgabe den Handel trifft, ohne die auf diesem Wege erhobenen Summen mit den Barzahlungsverpflichtungen Deutschlands im ersten Jahre in Uebereinstimmung zu bringen. Keineswegs bedeutet das Schreiben des Generalagenten eine Stellungnahme des Generalagent engegen die 26prozentige Abgabe. Ganz im Gegenteil beweist schon die Tatsache, daß Deutschland die Beseitigung der 26prozentigen Abgabe im Gange der Handelsvertragsverhandlungen zu erreichen versucht, daß der Generalagent von sich aus ein Eingreifen nicht in Erwägung zieht, und daß Deutschland in diesem wichtigen Punkt der sinngemäßen Durchführung des Gutachtens und des Londoner Protokolls ganz auf sich selber angewiesen ist.

Stresemann über „Aufwertung".

Im Anschluß an den Dortmunder Parteitag sprach am Sonntag Reichsaußenminister Dr. Stresemann in einer von der Deutschen Volkspartei einberufenen Versammlung in Essen. Dr. Stresemann verwies einlautend darauf, daß am gleichen Tage die Regie aufgehört habe, und daß die Bahnen wieder unter deutsche Verwaltung gestellt worden seien. Auf die Schaffung der Rentenmark eingehend, erklärte er, daß Herr Dr. Helfferich damals als Führer der Oppositionspartei der Regierung seine Gedanken zur Verfügung gestellt hat. Dieser war die Fundierung der Rentenmark-Idee. Die Form, in der das Geld geschaffen wurde, stammt aber nicht von ihm. Sein Geld war auf dem Gedanken der Roggenmark aufgebaut. Dr. Schacht wollte sofort die Goldmark, und Dr. Luther vertrat den Gedanken der Rentenmark. Es sind die verschiedensten Strömungen zusammengeflossen, ehe am 15. November vorigen Jahres die Rentenmark geschaffen werden konnte. Mit außerordentlicher Wärme trat der Redner den Angriffen gegenüber Reichsfinanzminister Dr. Luther entgegen. Er sagte: Ich bin der Meinung, daß das Reich ihm Dank dafür schuldet, daß er in schwerster Zeit den Etat in Ordnung gebracht hat. Damals ist alles unter dem Gesichtspunkt betrachtet worden, ob es möglich sei, die neue Währung zu erhalten. Heute dürfen wir sagen, daß zunächst einmal das Experiment gelungen sei. Nachdem wir einmal den Etat ins Gleichgewicht gebracht haben und sogar eine Anzahl Verpflichtungen abgedeckt und nun die internationale Anleihe erhalten haben, die wenigstens für ein Jahr die Reparationsleistungen deckt, können wir daran denken, die Aufwertungsfrage zu lösen. Das Reichskabinett hat beschlossen, sie dem Reichstag zu unterbreiten. Hierbei sind nach unserer Auffassung drei Gesichtspunkte zu betrachten: 1. eine in bescheidenen Grenzen gehaltene Verzinsung der Anleihe des Reiches; 2. bezüglich der Hypotheken eine angemessene Erhöhung des Aufwertungsprozentsatzes; 3. die Feststellung der Fristen, innerhalb derer Ansprüche auf Aufwertung geltend gemacht werden können. Der Redner warnt davor, Leuten nachzulaufen, die Versprechungen geben. Das Reich könne nicht daran denken, im gegenwärtigen Augenblick die 90 Milliarden-Anleihe voll aufzuwerten, ohne daß jeder Einzelne unter den Steuern, die der Zinsendienst erfordere, zusammenbreche. Es könne sich nur darum handeln, die Ungerechtigkeiten zu mildern, die sich daraus ergeben haben, daß die Menschen, die dem Staat in der Zeit der Not ihr Letztes gegeben haben, am schlechtesten behandelt werden. Die Leistungsfähigkeit müsse maßgebend sein.

Dr. Stresemann ging dann auf das Gebiet der Außenpolitik über und betonte, daß unsere Außenpolitik begrenzt sei in ihren Möglichkeiten durch die Abhängigkeit, in der wir uns befinden. Ich befinde mich in grundsätzlicher Uebereinstimmung mit Herrn Professor Hoetzsch. (Deutschnatl.) Die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Lösung der europäischen Frage ist ein großes weltgeschichtliches Ereignis. Ich habe es nicht verstanden, daß eine Partei, die das einsieht, sich in einer derartigen Opposition verfangen konnte. Die Kritiker von Hoetzsch sagen: Denkt daran, daß die großen Entscheidungen von der Macht diktiert werden. Ich stehe durchaus nicht auf dem Standpunkt der Pazifisten, die da glauben, mit Menschlichkeits-Idealen durchzukommen. Als Reichs-Außenminister muß ich aber den Satz daneben setzen: Ich besitze nicht die Macht!

Giolittis Absage an Mussolini.

Die Sensation der italienischen Kammersitzung vom Freitag war die Erklärung Giolittis, daß er sich infolge der Stellung, die die faszistische Regierung gegenüber der Presse und den Entwürfen zur Verfassungsreform einnehme, genötigt sehe, auf die Seite der Opposition zu treten. Der Führer der Liberalen hat damit das Signal für eine Schwenkung seiner Partei gegeben, die sich auf ihrem Kongreß in Livorno nach scharfen Auseinandersetzungen schließlich auf eine Kompromißformel geeinigt hatte, die sich für die weitere Unterstützung Mussolinis aussprach. Da die Gegensätze innerhalb der Liberalen Partei damals bereits scharf aufeinanderplatzten, ist es möglich, daß die Partei nun gespalten wird und nur ein Teil Giolitti in die Opposition folgt, während ein anderer immer noch sein Heil bei Mussolini sucht. Möglich aber auch, daß durch das Vorgehen des Diktators die ganze Liberale Partei endlich zu der Gruppe der Opposition getrieben wird, die freilich damit immer noch gegenüber den über eine sichere Zweidrittelmehrheit verfügenden Faszisten in einer parlamentarisch aussichtslosen Position steht. Die persönliche Bedeutung Giolittis aber wird ohne Zweifel auch in Kreisen, die nicht zu den Liberalen zu zählen sind, die Wirkung auslösen, daß man zwischen der Haltung dieses bewährten und klaren Politikers und der des Diktators Vergleiche zieht, die nicht zum Vorteil Mussolinis ausfallen dürften. Giolitti soll erklärt haben, daß er „nicht auf dem Aventin stehe", d. h., daß er sich nicht dem Gegenparlament der oppositionellen Parteien angeschlossen habe, die getrennt von dem faszistischen Rumpfparlament tagen, sondern daß er seine oppositionelle Auffassung innerhalb der Kammer verfechten wolle. Es bleibt aber abzuwarten, ob der Weg, den er nun betreten hat, nicht zwangsläufig ihn und seine Anhänger ebenfalls „auf den Aventin" führen wird.

Die Porzellanprinzessin.

Roman von Max Schmidt-Schiemfels.

29] (Nachdruck verboten.)

Von neuem begann sie mit der Arbeit. Draußen in den Werken kündete die Dampfpfeife die Frühstückspause an.

Ein Diener vom Hause drüben trat ein. Auf einem Nebentisch richtete er ein einfaches Frühstück her. Dem Wandschränkchen entnahm er eine Flasche Rotwein, füllte das Glas und stellte die Flasche in den Schrank zurück. Darauf entfernte er sich, ohne ein Wort gesprochen zu haben.

Die Werkherrin ließ den Imbiß unberührt. Sie blieb über den Schriftstücken.

Nach leisem Klopfen öffnete sich die Tür abermals. Der Bürodiener meldete:

„Herr Baron von Settlitz bittet Fräulein Doktor um eine Unterredung."

Dem Mädchen schlug das Herz bis zum Halse hinauf. Ja, das mußte auch noch kommen. Sie nickte nur. Zu sprechen wagte sie nicht.

Settlitz trat ein. Sein Gesicht war sehr ernst. Auf ein Zeichen Reginas nahm er in demselben Stuhl Platz, in dem Wengerstein gesessen.

„Sie wünschen mich zu sprechen." Die Werkherrin sah nicht auf der Aufforderung.

„Ich bitte das Gnädige Fräulein um meine Entlassung." Gerolds Stimme besaß einen seltsamen Klang.

„Das heißt, Sie wünschen eine Aufhebung des Vertrages?" Das Fräulein Doktor hatte die Sicherheit wiedergefunden.

„Jawohl," lautete die Antwort in militärischer Kürze.

„Und was gedenken Sie dann zu beginnen?"

Settlitz zuckte die Schultern. „Das weiß ich noch nicht!"

Eine Pause trat ein.

Dann erklärte das Mädchen: „Der plötzliche Austritt bedeutet für Sie keine Empfehlung für die Zukunft."

„Es läßt sich nicht ändern. Ich nehme alle Folgen auf mich. Ich allein bin schuld an dem, was geschah."

Eine feine Röte stieg in Reginas Gesicht. „Gibt es denn keinen anderen Weg?"

„Ich kenne keinen."

Wieder eine Pause bangen Schweigens zwischen den beiden Menschen, die einander fürchteten. Regina fühlte, von dem nächsten Wort, das sie sprechen würde, hing nicht allein ihr Geschick ab. Auch das des anderen, der vor ihr saß und wartete. Wenn er vor sie hingetreten wäre und sie in die Arme gerissen hätte, sie würde sich ihm gegeben haben. Ein Schleier zerriß vor ihrer Seele. Sie liebte diesen Mann, den sie zu hassen meinte. Mit der großen vollen Liebe eines unentweihten Herzens liebte sie ihn. Eine Welt von Licht und seligem Schmerz tat sich auf. Ja, sie wollte ihm gehören. Was ging die Welt sie an? Hatte sie nicht ein Recht auf Glück?

„Und doch gibt es einen Weg," erwiderte sie leise.

In Gerolds Gesicht trat ein starren Ausdruck. „Ich kann ihn nicht gehen," kam es hart von den Lippen des Mannes.

„Wenn ich nun wollte, daß Sie ihn gingen?" fragte sie bebend.

„Regina!"

Der Baron war aufgesprungen.

Das Mädchen wartete in seligem Entzücken. Aber der Mann vor ihr kam nicht. Er atmete schwer.

„Es ist etwas Gefährliches in mir, Regina. Spielen Sie nicht mit mir," stieß er hervor.

„Gerold," sagte sie nur und sah ihn mit ihren wunderschönen Augen an.

„Seien Sie barmherzig!" murmelte Gerold. „Oeffnen Sie mir nicht den Himmel, in den kein Sterblicher einst treten darf. Ich muß fest sein! — Was bin ich denn? Ein mittelloser Leutnant, der vielleicht vor seiner Verabschiedung steht. — Und Sie, die Königin eines Reiches der Industrie. Der Einsatz ist allzu ungleich."

„Was tut das, wenn ich es will?" kam es flüsternd zurück.

„Das können Sie nicht wollen!" rief der Baron. „Sie, die über Millionen gebietet — und ich, Ihr Hilfsarbeiter, der just noch ein Pferd besitzt, auf dem er davon reiten kann."

„Wir können ja miteinander reiten," versuchte Regina zu scherzen. Sie hielt die Augen geschlossen und lehnte den Kopf im Stuhl zurück.

Settlitz trat hinter den Schreibtisch, als müsse er sich vor sich selbst schützen, sich dem lockenden Zauber entziehen, der von dem schönen Mädchen ausging.

„Wissen Sie denn nicht, was man über mich spricht? Ich sei in kalter Berechnung bei den Werken eingetreten, um Sie zu gewinnen?"

„Ich weiß es!" sagte Regina einfach.

„Und dennoch?" rief Gerold. „Äußerst listig habe ich es angefangen, um Millionen zu erobern, nicht wahr?"

„Ich glaube es nun einmal nicht. Und ich weiß, daß es nicht so ist."

„Dank für dieses Wort, Regina. Aber andere werden es glauben — und das könnte mein Stolz nicht ertragen. Vermögen Sie die Welt eines Besseren zu belehren?"

„Warum sollten wir das, wenn wir zueinander Vertrauen haben?"

„Vertrauen," wiederholte der Mann. „Es ist eine schöne Sache um das Vertrauen! Aber ich habe Ihnen noch niemals von Liebe gesprochen. Wissen Sie denn, ob ich Sie liebe? Vielleicht weiß ich es selbst nicht? Die Möglichkeit, daß man mich für einen abgefeimten Glücksjäger halten könnte, vergiftet mein Denken! Vielleicht war es doch nur Berechnung, die mich trieb? — Fragen Sie mich nichts! Ich weiß in diesem Augenblick selbst nicht, was ich will. Nur das eine weiß ich, daß es nicht sein darf, daß ich nicht als Mitgiftjäger vor den anderen dastehen kann!"

Regina richtete sich auf in dem Stuhl. Dieser Mann sprach ehrlich. Mit schonungsloser Hand enthüllte er die Falten seines Innern. Und er war stolz. Sie liebte ihn um seiner Offenheit und seines Stolzes willen umso inniger.

„Was aber soll werden?" fragte sie, und sie vernahm selbst, wie hilflos ihre Worte klangen. „Lassen Sie mich fortgehen," bat Settlitz „damit ich versuchen kann, Sie zu vergessen."

„Ja, gehen Sie jetzt, um zu innerer Klarheit zu gelangen. — Aber ich gebe die Hoffnung für die Zukunft nicht auf." Es war wie ein Hauch, als sie sprach.

Die Rückgabe der rheinischen Bahnen.

Versteckte Militär-Kontrolle.

Die Rückgabe der rheinischen Bahnen hat in der Nacht zum Sonntag stattgefunden. Die deutschen Beamten haben um 12 Uhr nachts ihren Dienst angetreten. Soweit bisher zu übersehen, ist die Uebergabe ohne Schwierigkeit erfolgt. In Aachen befindet sich die Bahnhofshalle, die schon vor der Besetzung reparaturbedürftig war, in einem sehr schlechten Zustand. In Bonn war das Regiepersonal bereits seit zwei bis drei Wochen allmählich verringert worden, so daß zuletzt nur noch ein Notbetrieb stattfand. Die französische Regie gestattete nicht, daß die deutschen Beamten vor 12 Uhr auf Einarbeitung ihren Dienst aufnahmen. Trotzdem wickelte sich der Zugverkehr pünktlich ab. Auch in Trier vollzog sich die Uebergabe reibungslos, wenn hier auch die Schwierigkeiten am größten waren, da das gesamte Schienennetz des Direktionsbezirks in den Händen der „Regie" lag. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß der Fahrplan einstweilen nach dem alten aufrecht erhalten bleibt. Sehr störend wird empfunden, daß die Morseapparate zumteil verschwunden, teilweise demoliert sind. Die „Regie" hat allem Anschein nach den telephonischen und telegraphischen Zugmeldedienst nicht ausgeübt. Wahrscheinlich ist darin die Ursache für die nicht unerhebliche Zahl von Unglücksfällen zu erblicken. Obwohl das Regiepersonal bereits vollständig abtransportiert und nur noch einige höhere Beamte zur Uebergabe hier anwesend sind, geht die Freimachung und Zurückgabe von Wohnungen nur sehr langsam von statten. Die deutschen Behörden hatten an der Grenze des besetzten Gebietes eine Reihe von alten Lokomotiven und einen neuen Wagenpark zusammengestellt, die allmählich in den Verkehr eingezogen werden. Es fällt auf, daß die Büros zumteil in sehr unsauberem Zustand übergeben worden sind, so daß der heutige erste Tag in der Hauptsache zu Säuberungsarbeiten benutzt werden mußte.

Die interalliierten „Rheinlandkommission" veröffentlicht eine Reihe neuer Erlasse, die die Auflösung der französisch-belgischen Eisenbahnregie und den Uebergang der Eisenbahnlinien des besetzten Gebietes an die deutsche Reichsbahngesellschaft regeln. Eine der Verordnungen betrifft die Ausübung der militärischen Kontrolle über die Strecken des besetzten Gebietes, die gemäß der in London getroffenen Vereinbarungen durchgeführt werden soll. Im Widerspruch dazu steht die Mitteilung, die die „Ere Nouvelle" über die Organisation dieser Kontrolle zu machen in der Lage ist. Danach soll die Militärverwaltung etwa 450 Beamte der Regieverwaltung, davon etwa die Hälfte in Offiziersrang, in Militäruniformen gesteckt haben, in der Absicht, mit ihnen die wichtigsten Bahnlinien der rheinisch-westfälischen Strecke zu besetzen. Das Blatt protestiert vor allem aus fiskalischen Gründen gegen diese Organisation, deren Kosten sich etwa auf 25 Millionen Franken jährlich belaufen sollen. Von deutscher Seite wird man zu prüfen haben, ob diese Art der Durchführung der militärischen Kontrolle, die in Wirklichkeit darauf hinausläuft, die französisch-belgische Regie durch eine Art technischen Generalstab zu ersetzen, mit den in London getroffenen Vereinbarungen im Einklang steht.

Gemeindewahlen in Anhalt.

Das Ergebnis der heutigen anhaltischen Gemeindewahlen am Sonntag gestaltete sich folgendermaßen:

Stadtverordnetenwahl in Dessau: Sozialdemokraten 17 540 (18 190) gleich 16 Sitze, Völkische 827 (1174) gleich 0 Sitze, Demokraten 3848 (3862) gleich 4 Sitze, Kommunisten 1132 (1398) gleich 1 Sitz, Bodenreformer 807 (642) gleich 0 Sitze, Volksgemeinschaft 16 026 (16 897) gleich 15 Sitze.

Wahlen zum Dessauer Kreistag: Kommunisten 2748 (2993), Sozialisten 24 208 (25 183), Demokraten 5 647 (5306), Bodenreformer 1240 (797), Volksgemeinschaft 23 253 (23 727).

Stadtverordnetenwahl in Bernburg: Sozialichen 7322 (6968), Demokraten 810 (1108), Kommunisten 1338 (1620), Völkische 1391 (1593), Hausbesitz 1260 (0), Volksgemeinschaft 6432 (7507) gleich 16 Sitze der Bürgerlichen gegen 14 Sitze der Linken. Die in der Klammer stehende Zahl ist die in der Landtagswahl erzielte Stimmenzahl.

Aus diesen wie auch aus den noch vorliegenden Ergebnissen aus Koethen, Zerbst und Ballenstedt geht hervor, daß die Wahlbeteiligung noch etwas schwächer gewesen ist als bei den Landtagswahlen, in erster Linie bei dem Bürgertum. Eine wesentliche Verschiebung der Stimmenverhältnisse ist aber nicht eingetreten.

Stadtverordnetenwahlen in Schwerin.

Bei den Stadtverordnetenwahlen in Schwerin am Sonntag erhielten die Bürgerlich wirtschaftliche Einheitsliste 9739 (11 547), Demokraten 2698 (1700), Sozialdemokraten 6658 (6355), Kommunisten 689 (830), Nationalsozialisten 1398, Angestelltenliste 445. Die bürgerlich-wirtschaftliche Einheitsliste erzielte damit 23 (28), die Demokraten 6 (4), die Sozialdemokraten 15 (15), die Kommunisten 2 (3), die Nationalsozialisten 3, die Angestelltenliste 1 Sitz.

Weitere Ermäßigung der Umsatzsteuer.

Durch eine zweite Verordnung des Reichspräsidenten über wirtschaftlich notwendige Steuermilderungen vom 10. November 1924 ist mit Wirkung vom 1. Januar 1925 der Satz der allgemeinen Umsatzsteuer von 2 v. H. auf 1½ v. H., der Satz der erhöhten Umsatzsteuer (Luxussteuer) von 15 auf 10 v. H. herabgesetzt worden.

In den Durchführungsbestimmungen wird in entsprechender Weise wie bei der Ermäßigung der Umsatzsteuer zum 1. Oktober d. J. ein zivilrechtlicher Anspruch auf Preisnachlaß in Höhe von ½ v. H. oder 5 v. H. für Leistungen aus solchen Verträgen gewährt worden, die vor dem Erlaß der Verordnung des Reichspräsidenten abgeschlossen worden sind, aber erst nach dem 31. Dezember 1924 ausgeführt werden. Die Geschäftswelt wird jedoch schon jetzt darauf hingewiesen, daß dieser Anspruch selbstverständlich nicht für Leistungen aus Verträgen eingeräumt werden kann, die zu einer Zeit abgeschlossen worden sind, zu der den Vertragschließenden bei der Preisvereinbarung die Senkung der Steuersätze bekannt gewesen sein mußten.

Vom Preußischen Landgemeindetag.

Im Sitzungssaal des Reichstages trat am Sonnabend der Preußische Landgemeindetag zu einer Sitzung zusammen. Bürgermeister Lange-Weißwasser OS. führte aus, daß die Gesetzgebung und die Verwaltung in den letzten Jahren Irrwege gegangen seien und ein mißverstandener Zentralismus verursacht wurde. Die Gemeinden müßten die finanzielle Selbstverwaltung zurückgewinnen. Geschäftsführer Dr. Gerecke wies auf das Wachstum des Landgemeindeverbandes hin, der mit 6000 Mitgliedsgemeinden begonnen habe, jetzt aber 22 000 Gemeinden und über 260 Kreisabteilungen umfasse. Der Redner beklagte, daß das heutige Steuersystem für die Gemeinden unerträglich sei. Sie müßten wieder eigene Steuerquellen unter eigener Verantwortung erhalten. Der Redner bezeichnete die Kommunalisierung des Schulwesens als untragbar. Dagegen müßten die Gemeinden in der Besetzung des Schulvorstandes berechtigt sein. Ministerialrat Dr. Kaufmann vom Reichsfinanzministerium erklärte, daß er nicht ermächtigt sei, sich über die Absichten der Reichsfinanzverwaltung über den Finanzausgleich zu äußern. Die Reichsregierung wolle den Gemeinden die finanziellen Möglichkeiten zur Erfüllung ihrer lebenswichtigen Aufgaben geben. Dr. v. Kries, der Vizepräsident des Preußischen Landtags, referierte über die Verwaltungsreform, die durch die Auflösung des Landtags unerledigt geblieben sei. Vor allem müssen die Gemeinden wieder eine sichere finanzielle Grundlage durch das Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer erhalten. Auf das Aufsichtsrecht über die Gemeinden könne der Staat nicht verzichten, aber bei der Durchführung der Aufsicht müßten die Rechte der Selbstverwaltung gewahrt bleiben.

Ein Finanzbericht des Generalagenten.

Der Generalagent für Reparationszahlungen S. P. Gilbert hat einen offiziellen Bericht über die Einnahmen und Ausgaben während der Monate September und Oktober veröffentlicht. Nach diesem Bericht weisen die Einnahmen während dieser Monate einen Gesamtbetrag von 169 712 577,01 Goldmark, die Ausgaben eine Summe von 143 079 431,59 Goldmark auf. Deutschland hat einen Betrag von 69 Millionen Mark in bar bezahlt; die nächstgrößte Einnahme beträgt ungefähr 30 Millionen und stammt aus dem englischen Recovery-Act. Diese Ziffer beweist, wie wesentlich die britische Steuer auf die deutschen Exporte für England ist. Die Einnahmen aus der französisch-belgischen Eisenbahnregie betragen 23 Millionen. An England wurde für Lieferung von Farbstoffen, chemischen Produkten, ferner für Besatzungen und für Kosten, die aus dem Rheinlandabkommen entstanden sind, sowie für den Reparations-Recovery-Act ein Betrag von 37 951 633,91 Mark bezahlt. Frankreich hat für Sachlieferungen (Kohlen, Chemikalien, Düngemittel, Farbstoffe usw.) einen Betrag von 60 841 570,66 Mark bekommen. Italien erhielt für Sachlieferungen usw. 13 343 330,04 Mark, Belgien für ähnliche Zwecke eine Summe von 15 819 437,95 Mark. Schließlich bekam Japan für Farbstoffe 2 237 25 Mark.

Für die verschiedenen interalliierten Kommissionen wurden folgende Zahlungen geleistet:

Reparationskommission	1 747 990 M.
Rheinlandkommission	2 500 000 M.
Militär-Kontrollkommission	2 000 000 M.
Marine-Kontrollkommission	70 000 M.
Kontozahlung für Verwaltung des Büros des Generalagenten	207 206 M.

Der Städtetag zur Finanz- und Wohnungswirt.

Die Befreiung der Stadt Dortmund von der französischen Besatzung hat die Vorstände des deutschen und preußischen Städtetages veranlaßt, am 14. und 15. November Sitzungen in Dortmund abzuhalten. In diesen Sitzungen standen die Finanz- und Wohnungsfragen im Vordergrund. Zur bevorstehenden Neugestaltung des Reichsfinanzausgleichs erhob der deutsche Städtetag nochmals die grundlegende Forderung, daß sie auf dem Grunde der Selbstverantwortung bezw. Selbstverwaltung unter allen Umständen auch durch Wiederverleihung der Zuschlagshoheit zur Einkommensteuer ihre notwendige Ergänzung finden, wobei es den Ländern überlassen sei, für einen weiteren Ausgleich unter den Gemeinden zu sorgen. In der Aufnahme kommunaler ausländischer Anleihen ist äußerste Zurückhaltung der einzelnen Städte am Platze, und der Städtetag stimmt dabei durchaus der Reichsregierung und der preußischen Regierung zu, daß Auslands-Anleihen nur zu produktiven Zwecken zugelassen und die Verpfändung einzelner Sicherheits-Objekte gänzlich ausgeschlossen sein. Eine allgemeine Aufwertung der städtischen Anleihen läßt sich nach Auffassung des Städtetages nach der gegenwärtigen Lage der öffentlichen Finanzen nicht rechtfertigen. In der Wohnungsfrage ist Erreichung der freien Wirtschaft als Ziel aufzustellen. Indessen kann dieses Ziel nur schrittweise erreicht werden, in dem Maße, in dem Angebot und Nachfrage sich ausgleichen. Einstweilen muß mit Hilfe der Hauszinssteuer tatkräftige Förderung des Wohnungs-Neubaues erstrebt werden. Gegen die Absicht des preußischen Handelsministeriums, auf Umwegen die städtische Elektrizitätswirtschaft in staatliche Aufsicht zu bringen, wird auf das Schärfste Stellung genommen.

Neues vom Tage.

Deutschlands größtes und schnellstes Motorenschiff.

Das auf der Werft von Blohm u. Voß für die Hamburg-Südamerikanische Dampfschifffahrtsgesellschaft erbaute Passagier-Motorenschiff „Monte Sarmiento", zurzeit Deutschlands größtes und schnellstes Schiff dieser Art, hat am Sonnabend seine erste Ausreise nach dem La Plata angetreten. Aus diesem Anlaß war einer Reihe geladener Personen Gelegenheit zur Besichtigung geboten, die deshalb besonderem Interesse begegnete, weil beim Bau des Schiffes die neuesten Errungenschaften der deutschen Schiffsbaukunst berücksichtigt werden konnten. So werden u. a. alle Hilfsmaschinen einschließlich der Küchenherde und Backöfen elektrisch betrieben. Das 14 000 Bruttoregistertonnen große Schiff ist ein sog. Einklassenschiff und kann etwa 2600 Passagiere in geschmackvoll und zweckmäßig eingerichteten Kommern befördern. Seine Geschwindigkeit dürfte 15 Seemeilen erreichen.

— **Die Taufe des „Z. R. 3".** Frau Coolidge, die Gattin des Präsidenten, wird in einer Woche den „Z. R. 3" in einer feierlichen Zeremonie „Los Angeles" taufen. Der Marinestaatssekretär Wilbur gibt bekannt, daß Frau Coolidge bei der Taufe anstatt des sonst üblichen Zerschellens einer Flasche Champagner einen Korb mit Tauben öffnen wird. Die Tauben sollen ein Symbol des Friedens sein und eine Botschaft über ganz Amerika verbreiten. — Dr. Eckener und Kapitänleutnant v. Schiller von der Besatzung des „Z. R. 3" haben die Heimreise nach Deutschland angetreten.

× **Udet lebt.** Vor einigen Tagen ging durch die Presse die Nachricht, daß der erfolgreichste lebende Kampfflieger Ernst Udet in Münster tödlich abgestürzt sei. Es handelt sich aber nur um ein abgestürztes Udet-Flugzeug.

× **Zwei Mädchen zum Tode verurteilt.** Vom Schwurgericht in Greifswald wurden die beiden 24 und 23 Jahre alten Schwestern Alm zum Tode verurteilt. Beide hatten am 20. März eine 56jährige Frau erschlagen und beraubt.

× **Ein ungetreuer Bankdirektor.** In Magdeburg wurde der Direktor der Magdeburger Bank Beate verhaftet. Die Gründe der Verhaftung liegen in den schweren Vorwürfen, die in der letzten Generalversammlung gegen ihn erhoben worden sind. In der Generalversammlung wurde dem Verhafteten der Vorwurf der Unterschlagung, der Steuerhinterziehung und des Wuchers gemacht.

× **Ungeratene Söhne.** Die beiden Söhne des Kurhauspächters in Zoppot, die wiederholt die Kasse ihres Vaters bestohlen hatten, beschlossen, gemeinsam in den Tod zu gehen. Die Brüder losten, wer zuerst den anderen und dann sich selbst erschießen solle. Der Jüngere, den das Los traf, erschoß seinen Bruder, fand aber nicht den Mut, sich selbst zu töten. Der Mörder wurde verhaftet und ist in vollem Umfange geständig.

× **Der Riesenbrand in New-Jersey** hat weiter um sich gegriffen. Viele Fabriken sind in die Luft geflogen. Eine sehr große Anzahl von Wohngebäuden ist zerstört worden, und Tausende von Familien sind obdachlos. Es ist gelungen, die Hafenanlage vor dem Feuer zu schützen.

× **Der Erdrutsch in der Schweiz.** Die geologische Untersuchung über den Bergrutsch am Walensee ergab, daß die Ursache in der natürlichen Abspaltung einer Felsschicht liegt, wie solche im Laufe der Jahrhunderte immer eintreten. Am Freitag wurde an der Erdrutschstelle eine Sprengung vorgenommen, um den Rest der noch in Bewegung befindlichen Erdmassen zu lösen. Der Sprengungsversuch brachte aber kein wesentliches Ergebnis, da von den drei gelegten Minen nur eine losging, während die beiden anderen versagten.

× **Die Opfer des Erdbebens auf Java.** Die Zahl der Opfer bei dem kürzlich gemeldeten Erdbeben in Wonosobo beträgt 300 Tote, außerdem eine große Anzahl Verwundeter. zelnen Fällen dieser verbrecherischen Affäre beschäftigt. Der neuanstehende Prozeß sollte anfänglich in Hindenburg stattfinden, jedoch stellte es sich heraus, daß keine geeigneten Räume für ein solches Massenaufgebot von Angeklagten und Zeugen vorhanden sind. Man wählte daher Gleiwitz. Der Hauptangeklagte, der den Spitznamen „Der lahme Josef" trägt, stand schon einmal wegen dieser Affäre vor Gericht. Der Prozeß wird mindestens 14 Tage dauern und die bereits aufgerollten Bilder von Sittenverderbnis und Bestechlichkeit in noch dunkleren Bildern bringen.

× **Synagogenschändung in Hersfeld.** In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag voriger Woche wurde ein Einbruch und Raub in der Synagoge in Hersfeld verübt. Die Täter haben die großen Fenster der Synagoge beschädigt, um hierdurch in das Innere gelangen zu können. Dort vergriffen sie sich an der Heiligen Bundeslade und raubten den am Heiligen Schranke befestigten großen Vorhang mit wertvollen Stickereien, der dann in die Fulda geworfen wurde. Um die Spuren dieser Tat zu verwischen, warfen sie eine im Garten stehende und bei Ausführung der Tat benutzte Bank in die vorbeifließende Geis. Noch am gleichen Tage gelang die Verhaftung der Täter. Es sind dies ein Kaufmann, ein Bankangestellter und zwei Ingenieure. Wie in Erfahrung gebracht worden ist, sind die Täter dieses Roheitsaktes mit Ausnahme von einem Mitglieder des Jungdeutschen Ordens.

× **Der geleimte Industrielle.** Eine unliebsame Ueberraschung erlebte ein rheinischer Industrieller der in Geschäftsangelegenheiten nach Berlin gekommen war. Er konferierte hier mit verschiedenen Geschäftsleuten in einem Hotel am Anhalter Bahnhof. Jetzt ließ sich auch ein Mann bei ihm melden, der sich als Bankdirektor ausgab. Dieser Bankdirektor verhandelte mit dem Industriellen über Geldgeschäfte, zu denen seine Bank Geld leihen sollte. Dieser Herr war so gewandt, daß der Industrielle es nicht merkte, wie ihm von dem angeblichen Bankdirektor 5000 Mark aus der Aktentasche entwendet wurden. Nachdem das Geschäft zur beiderseitigen „Zufriedenheit" erledigt war, empfahl sich der gewandte Herr. Erst später bemerkte der Industrielle seinen Verlust. Bei der Kriminalpolizei erkannte der Betrogene in dem vorgelegten Verbrecheralbum in dem „Bankier" einen 33 Jahre alten, von der Polizei schon lange gesuchten Betrüger namens Max Hammerschlag.

× **Jugendliche Mörder in Amerika.** Die Mörder des kleinen Ernest Schwer, seine Spielgefährten, der 13jährige John Megon, der 11jährige Harald Megon und der 13jährige Adam Rotundo sind bis zum 25. November aus der Haft entlassen und der Obhut ihrer Eltern übergeben worden. Der Bericht des Untersuchungsrichters ergibt vorsätzliche Tötung des jungen Schwer mit einer Zimmerflinte. Der Staatsanwalt wird ein Verfahren gegen das Warenhaus eröffnen, in welchem die Knaben die Waffe gekauft haben, mit der der Mord ausgeführt wurde.

= **Sprachecke.** Sind zwei Sätze durch und verbunden, so soll auch im zweiten der Satzgegenstand (Subjekt) vor dem Tätigkeitswort (Prädikat) stehen. Vielfach ist aber die Umstellung nach und üblich, ganz zu Unrecht und zuweilen mit erheiternder Wirkung. In einer landwirtschaftlichen Zeitung wird durch Anzeige ein Kuhknecht gesucht: er sollte verheiratet sein und seine Frau sollte melken können. Aber in der Anzeige hieß es: Derselbe muß verheiratet sein, und muß seine Frau melken können. Hoffentlich hat wenigstens vor und das Komma gestanden, sonst wäre es gar nicht zum Aushalten gewesen. (Sprachecke des Deutschen Sprachvereins.)

Schlesische Nachrichten.

Drohung mit Steuerstreik.

In zahlreichen schlesischen Städten und größeren Landgemeinden werden die bestehenden Finanz-Hilfskassen nach einer Anweisung des Landesfinanzamts bis spätestens 31. März 1925 aufgehoben. So im Kreise Reichenbach in Peterswaldau, in Langenbielau und in Peilau. In Peterswaldau hat man in der Gemeindevertretung erklärt, daß die Mehrzahl der Steuerzahler streiken würde, wenn die Hilfskasse aufgehoben wird. Das Finanzamt würde in die Zwangslage kommen alle Steuern durch den Gerichtsvollzieher eintreiben zu lassen und hierzu würde die jetzige Zahl der Gerichtsvollzieher kaum ausreichen. Der Gemeindevorsteher erklärte, daß er zu diesem Zweck die gemeindlichen Vollziehungsbeamten nicht zur Verfügung stellen würde. „Wir tragen die Steuern nicht hinein! Das Finanzamt soll sie sich dann selber holen!", das waren die Zurufe, die man bei dieser Gelegenheit in jener Versammlung hören konnte. Die betreffenden Gemeinden trugen bisher aus eigenen Mitteln einen erheblichen Teil der Kosten für die Beamten der örtlichen Finanzamts-Hilfskasse. In Peterswaldau besoldete das Finanzamt bisher nur einen Beamten. Zur Bewältigung des Verkehrs an der Hilfskasse war aber noch ein zweiter Beamter erforderlich und den stellte die Gemeinde, wofür sie 1800 Mark ausgab; die vom Finanzamt angeregte Errichtung einer Steuerannahmestelle aus Gemeindemitteln wurde abgelehnt, weil die Gemeinde nicht die Verantwortung übernehmen kann für die großen Unzuträglichkeiten, die sich aus einer solchen Maßnahme ergeben.

Auch in Nimptsch soll dieselbe einschneidende Maßnahme getroffen und auch dort die Finanzamtshilfskasse aufgelöst werden und damit wären für den ganzen Kreis mitsamt der Kreisstadt unerträgliche Zustände geschaffen. Es haben deshalb der Magistrat, der Kreislandbund und auch der Mittelschlesische Städtebund bereits Schritte unternommen, um gegen die Aufhebung der Finanzamtshilfskasse Einspruch zu erheben.

---

* **Werbewoche der Nothilfe.** Die Wohlfahrtsbriefmarken-Werbewoche der Deutschen Nothilfe ist in Schlesien auf den 14. bis 21. Dezember festgesetzt. Spenden für die Deutsche Nothilfe werden auf das Postscheckkonto des Provinzialausschusses Niederschlesien der Deutschen Nothilfe Breslau 1320 oder auf dessen Bankkonto beim Schlesischen Bankverein, Filiale der Deutschen Bank, erbeten.

* **Von der Regierung in Breslau.** Ernannt Landrat Mackensen von Astfeld in Ohlau ist zum Regierungsdirektor unter Uebertragung der Stelle des Dirigenten der Abteilung für Kirchen- und Schulwesen bei der Regierung in Köslin. Auftragsweise übertragen die Verwaltung des Landratsamtes in Ohlau dem Regierungsrat Ehrensberger in Düsseldorf. Versetzt der Regierungsdirektor und Dirigent der Abteilung für Kirchen- und Schulwesen Volckheim in Breslau in gleicher Amtseigenschaft an die Regierung in Merseburg, der Regierungsdirektor und Dirigent der Abteilung für Kirchen- und Schulwesen Große in Liegnitz in gleicher Amtseigenschaft an die Regierung in Breslau und der Oberregierungsrat Wittekind aus Coblenz, z. Zt. in Breslau, an die Regierung in Marienwerder. Ernannt zum Regierungs-Rechnungsrevisor der Regierungssekretär Pfohl in Breslau.

* **Abgeschüttelt.** Der „Verband der Schlesischen Presse" (Verein der Redakteure) legt auf Grund von Anfragen und Beschwerden, die bei ihm eingegangen sind, Wert darauf, festzustellen, daß die Redakteure der in Breslau erscheinenden Wochenschriften „Freie Meinung", „Revue", „Zeit am Montag", „Tribüne", „Nachtpost" und Polizeistunde" nicht Mitglieder des Verbandes der Schlesischen Presse sind.

Breslauer Nachrichten.

(Ein Strafverfahren wegen Beleidigung) hat der Reichskanzler Marx gegen den früheren Stadtv. Max Gruschwitz, Herausgeber einer Breslauer Wochenzeitung, eingeleitet. Anlaß zu dieser Klage bot ein Leitartikel unter der Ueberschrift: „Wer ist der unfähigste Reichskanzler?"

(25jähriges Jubiläum der Industrie- und Handelskammer.) Am Sonnabend fand im Sitzungssaal der Handelskammer eine Festsitzung aus Anlaß des 75jährigen Jubiläums der Industrie- und Handelskammer Breslau statt, zu der neben den Kammermitgliedern die Spitzen der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden und der Presse geladen und erschienen waren. Präsident Dr. Grund gab in einer Festrede ein Bild von der Entwickelung der Kammer seit der Gründung. Syndikus Dr. Froymark hielt dann eine längere Ansprache. Daran schloß sich eine Gratulationscour, bei der zahlreiche Glückwünsche überbracht wurden.

(Schaffung eines Ratsweinkellers.) Breslau soll nun auch einen Ratsweinkeller erhalten, wie andere alte Städte ihn zum Teil seit undenklichen Zeiten haben. Der Stadthauskeller ist dazu ausersehen. Dort war früher eine Bierwirtschaft, die aber zum April 1917 den Betrieb einstellte. Die Schlesische Raiffeisen-Handelsgesellschaft, die einen seit Jahren hoch geschätzten Weinausschank auf der Junkernstraße hat, übernimmt die ganze Herrichtung des Kellers auf ihre Kosten. Entsprechend den hohen Aufwendungen für die Einrichtung ist die Pacht in den ersten vier Jahren nur auf 1000 Mark festgesetzt. Sie steigt dann von Jahr zu Jahr auf 3, 5, 6, 7, 10 und 12 000 Mark und beträgt in den letzten drei Jahren der mit dem 1. Januar 1925 beginnenden fünfzehnjährigen Pachtperiode je 15 000 Mark. Der Vertrag verpflichtet die Unternehmerin zur Unterhaltung einer vornehmen Weingaststätte, Mieterin ist aber auch verpflichtet, offenen Wein zu volkstümlichen Preisen zu führen. Musik ist untersagt bezw. nur in besonderen Fällen bei geschlossenen Gesellschaften gestattet.

Reichenbach. (Verhaftung eines Straßenräubers.) Stark gefesselt wurde dem Reichenbacher Gerichtsgefängnis ein Straßenräuber eingebracht, der durch die Landjäger in der Nimptscher Gegend verhaftet worden war. Es war ein ungarischer Landarbeiter Johann Persilo, den man in Langenöls verhaftet hatte. Er wurde von auswärtigen Staatsanwaltschaften schon seit längerer Zeit steckbrieflich verfolgt, insbesondere wegen eines schweren Raubes, den er mit einem Genossen in der Gegend von Güstrow beging. Dort überfielen sie im Sommer ihr Opfer auf freiem Feld und entkleideten es unter Mißhandlungen bis auf das Hemd. Während der Mittäter Persilos längst hinter Schloß und Riegel sitzt, entfloh der Ungar und kam nach Schlesien, wo er seine Spur verloren glaubte. Ein aufgefangener Brief von ihm aber wurde zum Verräter. Der Heidersdorfer Oberlandjäger verhaftete ihn aus dem Bett heraus und brachte ihn in Reichenbach ein.

Waldenburg. (Fehlschlag eines Auswandervereins.) Die in Waldenburg gebildete Interessengemeinschaft für Auswanderung nach Brasilien entsandte zu Anfang des Jahres drei ihrer Mitglieder nach Brasilien zur Erkundung von Ansiedlungsmöglichkeiten. Diese Abordnung hat bisher nicht nur keine Berichte an den Verband gesandt, sondern die drei Schlesier befinden sich nach einer durch Vermittelung des Roten Kreuzes an ihre Angehörigen gelangten Mitteilung infolge der Revolution in Brasilien in einer sehr bedrängten Lage.

Gottesberg. (Neuer Kohlensäureausbruch.) Am Montag voriger Woche erfolgte auf dem Edmontschacht ein erneuter Kohlensäureausbruch, der dank der nach dem ersten folgenschweren Ausbruch am 11. Juni getroffenen Maßnahmen ohne jeden Unfall verlief. Der Ausbruch erfolgte sofort nach dem Wegtun der Sprengschüsse, wobei die gesamte Belegschaft des Kohlensäuregebietes vorschriftsmäßig hinter die Schlußtüren zurückgezogen worden war. Unmittelbar nach der Detonation der Sprengschüsse verspürten die Mannschaften hinter den Schlußtüren drei schwere Luftstöße, die von Staubaufwirbelungen begleitet waren. Am Dienstag vormittag waren die betreffenden Grubenbaue wieder frei von Kohlensäure, und es konnte die bergrevieramtliche Befahrung erfolgen. Sie ergab, daß durch den Kohlensäureausbruch etwa 60 bis 70 Tonnen Kohle in den Grubenbau geschleudert worden waren.

Frankenstein. (Für die Einrichtung einer landwirtschaftlichen Winterschule) bewilligten die Stadtverordneten zum Neubau des Schulgebäudes einen Zuschuß von 10 000 Mark. Der Kreis leistet eine Beihilfe von 20 000 Mark.

Hirschberg. (Vagabundierende Ströme.) Bekanntlich werden die Eisenbahnstrecken im Riesengebirge elektrisch betrieben, wozu natürlich sehr starke Ströme erforderlich sind. Die Hochspannleitungen der Bahn haben nun zu mannigfachen Störungen in den anderen Leitungen geführt. So teilte Direktor Dauster von der elektrischen Talbahn in der letzten Gemeindevertretersitzung in Herischdorf mit, daß durch vagabundierende Ströme der Starkstromleitung der Eisenbahn wiederholt Störungen im elektrischen Lichtnetz hervorgerufen worden sind. Die Eisenbahnverwaltung hat das Gesuch um Abhilfe abgelehnt, so daß es wahrscheinlich zu einer Klage kommen wird.

Glogau. (Der "anstößige" Telephonapparat.) Die Militärkommission der Entente hat Glogau wieder verlassen. Wie zu erwarten war, hat sie in Glogau nichts gefunden, was die Sicherheit der siegreichen grande Nation in Frage stellen könnte. — Oder doch etwas? Es wird nämlich, wie die „N. N. Z." schreibt, in der Stadt in glaubwürdiger Weise erzählt, daß die „hohe" Kommission an einem Telephonapparat Anstoß genommen hat, der in einer militärischen Dienststube aufgestellt war. Dieser Apparat soll bis zur nächsten unangemeldeten Revision „abgebaut" sein, da man scheinbar befürchtet daß er die Möglichkeit bietet, mit Himmel und Hölle in Verbindung zu treten und schlagfertige Heere aus dem Erdboden zu stampfen, die der glorreichen französischen Armee gefährlich werden könnten.

Glogau. (Drei Kinder erstickt.) In einem von Dominialarbeitern bewohnten Hause auf dem Dominium Milchau bei Weißholz im Kreise Glogau brach Freitag nachmittag ein Stubenbrand aus. Die Mutter hatte ihre drei Kinder im Alter von vier bis einem Jahre allein zu Hause gelassen, die Tür abgeschlossen und war ihren Besorgungen nachgegangen. Nachbarsleute entdeckten den schwelenden Brand, drangen in die verschlossene Wohnung ein, und fanden die drei Kinder, von denen die beiden ältesten Zwillingsmädchen sind, tot in der Stube vor. Der Brand war dadurch entstanden, daß in dem Ofen sich noch Feuerüberreste befanden, die auf irgendeine Weise in Brand geraten waren. Wiederbelebungsversuche durch einen sofort herbeigerufenen Arzt waren vergeblich.

Außerordentlicher niederschlesischer Mietertag.

Breslau, 17. November.

Am Sonnabend und Sonntag tagte im „Kaufmannsheim" in Breslau ein außerordentlicher niederschlesischer Mietertag, der von den dem Provinzialverband angeschlossenen Vereinen stark beschickt war.

Die Tagung, die unter dem Zeichen der Wahlen und der Magdeburger Einigungstagung stand, befaßte sich am Sonnabend unter teilweise stürmischer Beratung in der Hauptsache mit Wahlen und Berichten und Festsetzung der Beiträge für den Provinzialverband, die mit 5 Pfg. pro Mitglied und Monat ab 1. Oktober (also rückwirkend) festgelegt wurden. Er erfolgte weiter die Wahl des Vorstandes und Bestätigung der Kassenprüfer. Der Tag fand mit einem Vortrag im Elisabethgymnasium über bodenreformerische Gemeindepolitik ostpreußischer Städte einen guten Abschluß.

Am Sonntag begann vormittags 8½ Uhr die Tagung mit einem Bericht des Vorsitzenden des Breslauer Mieterschutzvereins, Herrn Schmidt, über die letzte Bundesbeiratssitzung in Dresden und der preußischen Tagung in Berlin. Er führte u. a. aus: Die Auflösung des Reichstages kam den Mietern recht überraschend, trotzdem gilt es nun, alles aufzuwenden, um den Interessen der Mieter Geltung zu verschaffen. Zu den Aufgaben der Mietervereine gehöre es nicht nur, rein örtliche Aufgaben zu erfüllen, sondern Einfluß auf die Gesetzgebung zu gewinnen. Von den Rechtsparteien hätten sie nicht viel zu erwarten, ebenso wie von den Kommunisten nicht viel zu erhoffen sei. Er streifte dann weiter die preußische Tagung, die seiner Meinung nach die Beschlüsse der Bundesratssitzung umgestoßen habe. Das Berliner Stimmenverhältnis stand 20 zu 15. Aus den Ausführungen des Vorsitzenden des Breslauer Mieterschutzvereins war jedenfalls zu entnehmen, daß eine Unterdrückung der Dresdener Richtung stattgefunden habe. Vertreter der Berliner Richtung, wenigstens nicht solche, die an der Berliner Tagung teilgenommen hatten, waren nicht anwesend, sodaß in dieser Beziehung keine Erwiderung folgte.

Es erfolgte sodann die einstimmige Annahme folgender Entschließung:

Der am 15. und 16. November in Breslau tagende Niederschlesische Mietertag hat mit Entrüstung von den Vorgängen bei der in Berlin am 2. November 1924 stattgefundenen Tagung der Preußenverbände Kenntnis genommen.

Er erklärt daß er den Beitritt zu diesem Preuß. Landesverband ablehnt und die auf dieser Tagung gefaßten Beschlüsse als für den Niederschlesischen Mieterschutzverband nicht bindend betrachtet. Wie die Verhandlungen bewiesen haben, verfolgt der gegründete Preußenverband das Ziel, sich über ordnungsmäßig gefaßte Beschlüsse des Bundesbeirats hinwegzusetzen, die durch Satzungen der Mieterorganisation gewährleistete, parteipolitische Neutralität offensichtlich zu verletzen und Verbände, welche die parteipolitische Neutralität erhalten wollen, zu vergewaltigen, um die Preuß. Mieterschaft in Abhängigkeit zu einer politischen Partei zu bringen.

Das gegen den früheren Vorstand des Bundes Deutscher Mietervereine und gegen Mieterführer, die sich allein von dem Bestreben, der Deutschen Mieterschaft zu dienen, leiten lassen, ausgesprochene Mißtrauen mißbilligen wir aufs Schärfste. Wir sprechen insbesondere dem Vorsitzenden, Herrn Herrmann in Dresden unser vollstes Vertrauen aus und erwarten von ihm, daß er sich wie bisher der strengsten parteipolitischen Neutralität befleißigt und die Mieterschaft auf dem bisher von ihm verfolgten Wege zielbewußt weiterführt. Hierzu sichern wir ihm bei seiner schweren Arbeit unsere vollste Unterstützung zu.

Die geschäftlichen Verhandlungen wurden gegen 10 Uhr unterbrochen und die Teilnehmer begaben sich in den großen Saal des Schießwerders, wo die Hauptversammlung des Bundes deutscher Bodenformer stattfand, um den Vortrag des Führers der Bodenreformer Adolf Damaschke zu hören. Diese eindrucksvolle Tagung wurde durch den Breslauer Lehrergesangverein mit zwei Liedern „Es wird die Hoffnung festgehalten" und „Wie's daheim war" eröffnet. Der Leiter dieser von mindestens 2500 Personen besuchten Versammlung Gewerbelehrer Benter, der in seiner Begrüßungsrede seiner Freude Ausdruck gibt, daß diese Versammlung in einer Zeit, in der sich die Versammlungen überschlagen, so stark besucht ist. Nach ihm kommen die Vertreter der verschiedensten Organisationen zu Wort. Für den Mieterschutzverband sprach Herr Schmidt, die Forderungen der Mieter betonend: Behebung der Wohnungsnot und Schaffung eines sozialen Mietsrechts. Die deutsche Mieterschaft verlangt Aufbau nicht Abbau der Gesetze. Der Vertreter des Bundes der Kinderreichen (ein Amtsgerichtsrat) vertrat den Standpunkt seiner Organisation, während für die Kriegsbeschädigten der Gauleiter Praetel sprach und in eindrucksvoller Rede ein Bild von der Zurücksetzung derselben gibt. Es gibt 46 000 Kriegsopfer in Deutschland, bei denen man von wohlerworbenen Rechten spricht und für die 200 Millionen Goldmark zur Verfügung stehen, während für andere 2 Millionen Kriegsopfer nur 800 Millionen Goldmark ausgeworfen sind. Während auf der einen Seite Renten von bis 3300 Goldmark in Frage kommen, erhält eine kinderlose Witwe oder ein Schwerbeschädigter nur 330 Mark pro Jahr. Nach längeren Ausführungen eines Vertreters des Verbandes Schlesischer Kleingartenvereine nahm noch 1. Bürgermeister Burmann-Bunzlau als Vorstandsmitglied des Niederschlesischen Städtetages das Wort, um in temperamentvoller Weise sein Einverständnis mit den Forderungen der Bodenreformer zu geben. Lebhaft begrüßt wurde sodann Adolf Damaschke, der eingangs seines Vortrages die ungerechte Auswirkung der Grund- und Gebäudesteuer in der Landwirtschaft behandelte, die den kleinen um das vielfache schwerer belastet, als den großen. Er streifte weiter die Annahme des Bodengesetzes in Anhalt, das mit 28 gegen 8 Stimmen angenommen wurde, wobei die Deutschnationalen einstimmig dagegen, die Deutsche Volkspartei in der Mehrheit dafür gestimmt hat. Als dann im Juli die Neuwahl zum Landtage erfolgte, war mit Staunen zu bemerken, daß diejenigen Volksparteiler, die für das Gesetz gestimmt hatten, nicht mehr aufgestellt wurden. Die jetzt erfolgte nochmalige Neuwahl hat für die Bodenreformer ein besonders günstiges Ergebnis gebracht. Am Schluß der Ausführungen, die mit großem Beifall aufgenommen wurden, wurden vier genau formulierte Fragen an die verschiedenen Parteien gerichtet, die von den Vertretern derselben auch beantwortet wurden. Deutschnationale und Deutsche Volkspartei gaben durch Vertreter keine Antwort. Eine ausgesprochene Wahlrede hielt für seine Einmännerpartei, die Deutschsozialen, Herr Kunze in eigener Person; er erweiterte die Forderungen der Bodenreformer noch um ein bedeutendes. Ein Vertreter der Deutschdemokraten, Landtagskandadit Herrmann hatte sein volles Einverständnis schon am Sonnabend gegeben, das jetzt erneuert wurde durch Stadtverordneten Wolf. Dieselben Erklärungen erfolgten durch Vertreter des Zentrums und der Sozialdemokraten. Eine ähnliche Erklärung gab auch ein Vertreter der Unabhängigen ab, der dazu eigens aus Frankfurt herbeigeeilt war.

Nachmittags 3 Uhr erfolgte dann Fortsetzung der Mietertagung mit Beratung der Satzungen usw. Bemerkenswert war davon noch der einstimmige Beschluß: Der Niederschlesische Mietertag spricht sich gegen die Aufstellung eigener Kandidaten aus.

Beuthen. (Raub von Lohngeldern.) Im Kraftwerk Oberschlesien, das in der Nähe des Bahnhofs Bobrek liegt, ist ein äußerst dreister Raubüberfall verübt worden. Auf dem Gelände des Kraftwerks baut zurzeit die Firma Weyß u. Freitag in Dresden eine Kaminkühlanlage. Im Baubüro der Firma war ein Angestellter mit einem jüngeren Gehilfen gegen 6 Uhr damit beschäftigt, Gelder für die Lohnzahlung einzubeuteln, als ein Mann herbeikam und nach Arbeit fragte. Er wurde abgewiesen. Kurz darauf erschienen zwei maskierte Männer mit Pistolen, riefen „Hände hoch!", raubten die bereitliegenden Gelder im Gesamtbetrage von ungefähr 6000 M. und verschwanden wieder. In ihrer Begleitung befand sich eine Frau. Die Räuber drohten auch, wenn sie jemand berühre, dem würden sie eine Handgranate in die Bude werfen. Hervorzuheben ist, daß das Gelände des Kraftwerks von einer hohen Mauer umgeben ist und die Eingänge stets bewacht werden. In dem Werk wurde zurzeit überall gearbeitet. Der Bauleiter und der Ingenieur der Firma Weyß u. Freitag befanden sich gerade nicht im Baubüro, sondern auf der Baustelle. Nach der Tat wurde sofort Lärm geschlagen, aber es gelang nicht, die Räuber zu fassen.

Königshütte. (Mord aus Liebe.) Der Hüttenarbeiter Ernst Porembka tötete seine Geliebte, die 16jährige Else Mrazidlo durch einen Revolverschuß. Nach der Tat ist der Mörder, der sich mit Selbstmordgedanken trug, geflüchtet.

Einheimisches.

Bußtag!

Es ist ein lautes Halt, was der heutige Tag in die Christenheit hineinruft. Halt ein, du Wanderer, der du Tag für Tag auf dem sandig-steinigen Geröll dieses irdischen Daseins weiterklimmst; du Mann des öffentlichen Lebens mit deiner vorwärts strebenden und aufreibenden Geistestätigkeit; du emsiger Arbeiter mit der starken abgehärteten Faust; du Weib mit dem unermüdlichen Schaffen und Sorgen im Hause; du Menschenkind mit deinem rastlosen Wetten und Wagen, das Glück zu erjagen, — halt ein und bedenke: Der Herr will dich heute in die Stille führen. Als die Wogen auf dem See Genezareth unter dumpfen Tosen an das kleine Fahrzeug prallten, und brüllender Sturm die Jünger erzittern ließ, hob Jesus die Hand, und siehe, da ward es ganz stille. Laßt uns ziehen am Bußtage ins stille Land! Laßt uns schauen auf jene ewige Heimat in der wir Ruhe finden dürfen für unsere Seelen. Laßt uns dankbar und demütig erschauern vor dem letzten und größten Geheimnis aller göttlichen Offenbarung: Jesus dein Nahesein — bringt großen Frieden ins Herz hinein! Unser Lebensglück, das soll uns auch dieser Bußtag lehren, kann und darf nur beurteilt werden im Lichte der Ewigkeit. Auch dem modernen Kulturmenschen des 20. Jahrhunderts gilt der alte Ruf: „Habt nicht lieb die Welt!“ Dieses Wort will recht verstanden sein. Man soll nicht sein Herz an die tausend Nichtigkeiten und Kleinigkeiten hängen, die oft ein glänzend schillerndes Aeußeres haben aber doch zuletzt unbefriedigt lassen; man soll vor allem erkennen und bekennen, daß ein Mensch überhaupt von sich selber aus ein jämmerliches Nichts ist. Denn, sagt Paulus, es ist da kein Unterschied, wir sind allzumal Sünder, und mangeln des Ruhms den wir an Gott haben sollten. Darum Buße, tapfere Sinnesänderung, wonach sich das Christenherz allein an den klammert, der da spricht: „Kommt her zu mir alle, die ihr müselig und beladen seid, ich will euch erquicken!“

— **Der Hundsfelder Sportklub** kämpfte am Sonntag, den 9. d. Mts. unter einem ungünstigen Stern. Sowohl die 1. wie die 2. Mannschaft mußten Niederlagen von 1:5 bezw. 0:2 notieren. Nur die Jüngsten des Vereins konnten 2 mal siegreich sein. Die 1. Jugendmannschaft konnte einen 4:0 Sieg, die 1. Knabenmannschaft einen 1:0 Sieg herausholen.

— **Sacrauer Volksfilm.** Am letzten Donnerstag, den 13. d. Mts., konnte der Film „Taifun“ leider nicht zur Vorführung gelangen, weil in der äußeren Zuleitung des elektrischen Stromes ein Defekt entstanden war, der erst am anderen Tage beseitigt werden konnte. Der Film kommt im Laufe des Winters noch zur Vorführung. Am nächsten Donnerstag und Freitag kommt der „Nibelungen-Film“. Wir verweisen auch an dieser Stelle auf das Inserat in der heutigen Nummer dieser Zeitung.

Vergessen Sie nicht

das Abonnement auf das „Hundsfelder Stadtblatt“ für den Monat Dezbr. noch heute bei ihrem Briefträger zu bestellen, denn nach dem 25. Novbr. erhebt die Post eine Extragebühr von 20 Pfg. pro Exemplar.

Cawallen. Der im Vorjahre gegründete Jugendverein Cawallen begeht am 22. d. Mts. sein 1. Stiftungsfest. Nähreres siehe Inserat.

Bekanntmachung.

Wir weisen hierdurch nochmals darauf hin, daß gemäß der 3. Steuernotverordnung die Sparguthaben bis 31. 12. 1924 bei der betreffenden Sparkasse zur Aufwertung angemeldet sein müssen.

Bei uns kann die Anmeldung schriftlich oder durch Vorlage der Sparbücher erfolgen.

Städtische Sparkasse Hundsfeld.

Bekanntmachung.

Nach § 11 Abs. a der Maß- und Gewichtsordnung vom 30. Mai 1908 müssen die im öffentlichen Verkehr benutzten Meß- und Wiegegeräte alle 2 Jahre der Nacheichung unterzogen werden. Die Besitzer dieser Geräte werden demnach aufgefordert, sämtliche in ihrem Betriebe befindliche Längenmaße, Flüssigkeitsmaße, Meßwerkzeuge für Petroleum und dergl., Hohlmaße, Gewichte und Wagen in der Nacheichstelle **Hundsfeld, Gasthof „Weißer Adler“** werktäglich in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags vorzulegen und zwar vom **22. bis 25. November 1924.**

Zur Nacheichung sind alle verpflichtet, die nach Maß und Gewicht verkaufen, also:

Die Gewerbetreibende des Klein- und Großhandels, Genossenschaften und Konsumvereine, Landwirte und Stellenbesitzer,

ferner:

Fabrikbetriebe, in denen zur Ermittelung des Arbeitslohnes Maße und Gewichte angewendet werden.

Alle Meßgeräte sind in gut gereinigtem Zustande einzuliefern; Wagen müssen mit den dazugehörigen Schalen vorgelegt werden.

Die Einziehung der Gebühren erfolgt während der Eichtage. Die geprüften Gegenstände werden nur nach Begleichung der fälligen Beträge ausgehändigt.

Hundsfeld, den 11. November 1924.

Der Magistrat.

Jugendverein Cawallen.

Sonnabend, den 22. November 1924 findet in **Cawallen, im Saale des Herrn Wasner** ein

Unterhaltungs-Abend

bestehend aus

Theater, Konzert und Tanz

statt.

Anfang pünktlich 7 Uhr.

Eintritt inc'. Tanz 0,80 und 0,50 Mk.

J. A.: Liehr.

Kukuli

KULTUR- u. KUNST-LICHTSPIELE

Nur Mittwoch (Bußtag), abds. 8 Uhr:

Ein ausgewähltes Programm!

Eine grandiose Meisterleistung der neuesten Produktion.

Priscilla, die Tochter der Fremdenlegion.

Großfilm in 8 Akten aus der Zeit der Kämpfe der Fremdenlegion mit den Arabern.

Dazu:

Die Raubzüge der Totenkopf-Flieger

5 überaus spannende Akte.

Voranzeige!

Sonnabend und Sonntag:

Mutter.

Der erfolgreichste Film der Welt.

Ich offeriere:

Zum Backen:

Citronat,
Puderzucker,
Mohn,
Rosinen,
Sultaninen,
Korinthen,
Eigelb,
süße und bittere Mandeln,
Backöle,
sowie sämtliche Zutaten zur Pfefferkuchenbäckerei.

Zum Schlachten:

Wurstspeile,
Salpeter,
Majorahn,
ganzen und gem. Pfeffer.

Außerdem:

Candis,
Fischkuchen,
Paniermehl,
Sago,
Vogelfutter,
Kapern,
Karlsbader Kaffeegewürz

zu billigsten Tagespreisen.

Max Märsche,
Breslauerstraße 14.

Frischen Mohn

kauft zu höchsten Tagespreisen

Bäckerei Mehlan, Hundsfeld.

Ausgekämmt. Haare

werden gekauft,

künstliche Haararbeiten

jeder Art werden angefertigt

Reparaturen

von Schildpatt-Garnituren, Kämmen u. dgl. werden angenommen.

Paul Maiwald, Friseur.

Gleichzeitig empfehle mich zum Abschluß von Feuer-, Einbruch-, Haftpflicht-, Lebens-, Volks- u. Kinderversicherungen.

Sacrauer Volksfilm.

Donnerstag, den 20. und Freitag, den 21. Nov., abends 8 Uhr.

Für Schulen und Jugendvereinigungen Sondervorführungen zu ermäßigten Preisen um 8 und 11 Uhr vormittags und 3 Uhr nachmittags, nach vorheriger rechtzeitiger Anmeldung.

Nibelungen 1. Teil.

Da das Haus an beiden Tagen ausverkauft sein dürfte, empfiehlt es sich, die Eintrittskarten im Vorverkauf bei Herrn Hutsch und Pritsch sich zu besorgen.

Deutsche Wähler und Wählerinnen!

Sonntag, den 23. November, nachmittags 4 Uhr:

Oeffentliche Wähler-Versammlung

mit freier Aussprache

in Hundsfeld in Menzels Saal (Blauer Hirsch).

Redner: Spitzenkandidat der Deutsch-Demokratischen Landtagsliste,

Landtagsabgeordneter Lehrer **Herrmann, Breslau.**

Thema: Halbheiten oder zielklare nationale Politik.

Eintritt frei. Der Saal ist gut geheizt.

Deutsche Demokratische Partei.

Sacrau.

Etablissement „Zur Lindenruh“
Inh. Max Schröter.

Sonntag, den 23. November

Großes Konzert

veranstaltet vom

Mandolinen-Club „Simphonie“ Sacrau 1923.

Ernste Musik, der Feier des Tages entsprechend. Lieder zur Laute und Solovorträge.

Einlaß 5½ Uhr. Anfang 6½ Uhr

Eintrittskarten 80 Pf.

im Vorverkauf zu haben bei den Herren Kaufmann Hutsch, Prietsch u. Scheitzer sowie im „Hundsfelder Stadtblatt“.

Es ladet freundlichst ein D. O.

Der Saal ist gut geheizt.

Morgen, Donnerstag, 2½ Uhr

Prämienschießen

18 jähriger Bursche

sucht Stellung in Landwirtschaft.

Wer? sagt die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Gänse

vor einigen Tagen

zugelaufen.

Herausgabe gegen Erstattung der Unkosten.

Wo? sagt die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Schön gezeichneter

Fox

hat abzugeben.

Wer sagt die Geschäftsstelle d. Zeitung

Harzer

Kanarien-Sänger,

la Edelroller, verkauft

Breslau,
Drabizinsstr. 10, IV.

Moderne, sauber gearbeitete

Küchen

sowie alle

Einzelstücke

und 20 Stück

Frühbeetfenster

110 mal 140 cm groß, hat billig zu verkaufen

Max Wolf,
Tischlerei,
Hundsfeld, Oelserstr. 8.

Rosenpapier

und

Blumendraht

empfiehlt

Hundsfelder Stadtblatt.

Kalender für 1925

empfiehlt

Hundsfelder Stadtblatt.

In letzterer Zeit sind des Oefteren Anrempeleien anders Gesinnter gegen unsere Kameraden vorgekommen. Sollten sich diese wiederholen, würde wir genötigt sein, für Abhilfe zu sorgen.

Ortsbanner Hundsfeld, Schwarz, Rot, Gold.

Druck und Verlag: G. Kopjewski, Hundsfeld. Verantwortlicher Redakteur: G. Kopjewski, Hundsfeld.